

# Antrag

des Abgeordneten Herbert  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend dringende Maßnahme zur Reaktion auf die Pensionierungen im Exekutivdienst

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.), Untergliederung 23 – Pensionen, in der 181. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 16. November 2012**

Im Bundesdienst (Öffentlicher Dienst) wurden in den letzten Jahren einschneidende Maßnahmen zur Personalreduktion gesetzt.

Diese Maßnahmen erfolgten aber überwiegend nicht durch Lösung der Dienstverhältnisse (z.B. Kündigung oder einvernehmliche Beendigung des Dienstvertrages), sondern nahezu ausschließlich über den Weg, jene freigewordenen Planstellen durch den natürlichen personellen Abgang infolge Pensionierung nicht mehr nach zu besetzen.

Dies bewirkte zwei wesentliche Umstände:

Das Durchschnittsalter im Öffentlichen Dienst stieg kontinuierlich an (von 40,5 Jahre im Jahr 1995 auf 44 Jahre im Jahr 2008), wobei mittlerweile die Altersgruppe der „43 bis 47-jährigen“ die größte Gruppe der öffentlich Bediensteten darstellt.

Der Gesamtstand der „jungen“ Bundesbediensteten (nämlich die Gruppe der 18-29-jährigen) wird ab 2016 dramatisch einbrechen und die bis dahin latente „Überalterung im Öffentlichen Dienst“ voll einsetzen und damit auch personalpolitisch spürbar werden (mehr altersbedingte Abgänge als durch Personalaufnahmen kompensierbar).

Bis zum Jahr 2020 werden daher bis zu 50.000 Bundesbedienstete in Pension gehen, wobei sich der Verlauf der zu erwartenden jährlichen Pensionierungen stetig steigend darstellt:

Beginnend mit rund 3.000 Pensionsabgängen wird es im kommenden Jahr eine jährliche Steigerung von bis zu knapp über 5000 Pensionierungen bis zum Jahr 2020 geben.

Eine Berufsgruppe im Bereich des Öffentlichen Dienstes ist davon besonders betroffen, nämlich jene der Exekutive.

Hier droht ein Pensionsabgang von bis zu 10.000 Beamten bis zum Jahr 2020, was etwa 35% des derzeitigen Gesamtpersonals (also aller österreichischen Polizistinnen und Polizisten) entspricht.

Dazu kommt, dass bei der Exekutive das Durchschnittsalter rund 42 Jahre beträgt, der Anteil der über 45-jährigen bei rund 43 % liegt und der Anteil der Exekutivbeamten im Altersegment 36-49 Jahre bei über 53 % liegt. (Quelle: Studie des Bundeskanzleramtes – Referat III/3/a: Die Altersstruktur des Bundespersonals)

Daraus ergibt sich, dass das durchschnittliche Pensionsalter bei der Exekutive bis 2020 deutlich über dem anderer Berufsgruppen liegt und hier dringende korrigierende Personalsteuerungsmaßnahmen erforderlich sind.

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit (Anhebung der Pensionsgrenze) für Exekutivbeamte ist organisationstechnisch und faktisch kaum möglich, weil die berufsbedingte körperliche Einsatzfähigkeit, die bei fortgeschrittenem Alter nicht mehr gegeben ist, beruflich notwendig ist und dienstliche „Rückzugsmöglichkeiten“ (z.B. Innendienst) für ältere Exekutivbedienstete organisatorisch und auch planstellenmäßig kaum bis gar nicht vorhanden sind.

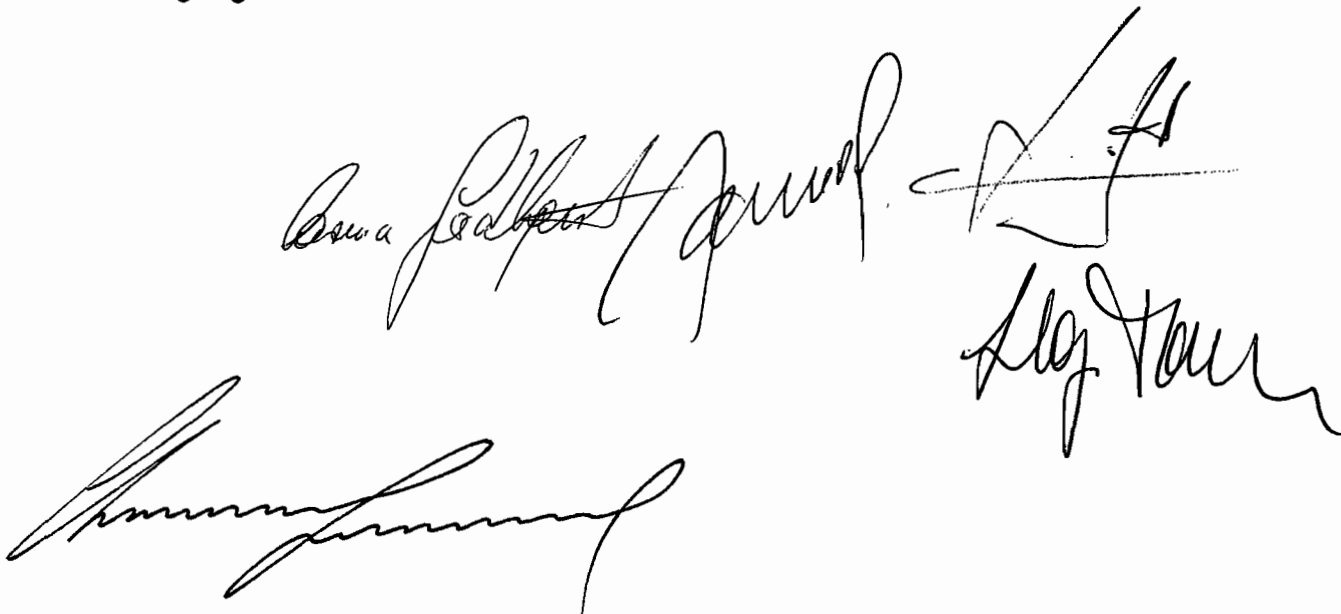
Eine dramatische Personalentwicklung, die aber von den Verantwortlichen im Bundesministerium für Inneres, trotz aller Warnungen der Experten, bis dato ignoriert wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Grund der bevorstehenden zahlreichen Pensionierungen ausreichend finanzielle Mittel für eine schnelle Aufnahme von Exekutivbediensteten und zur sofortigen Aufstockung der Planstellen im Exekutivdienst zur Verfügung zu stellen.“





An die  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer

**Im Hause**

Wien, am 15. November 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Hiermit zieht der unterfertigte Abgeordnete Ing. Peter Westenthaler den Antrag betr.  
Einführung der täglichen Turnstunde zurück, *da es nunmehr einen*  
*diesbezüglichen 6-Parteienantrag gibt.*

Mit freundlichen Grüßen

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler  
Kolleginnen und Kollegen  
betreffend Einführung der täglichen Turnstunde

eingebraucht im Zuge der 181. Sitzung des Nationalrates am 14. November 2012 zu TOP 2: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 – BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.)

UG 14

Die Österreichische Bundes-Sportorganisation (BSO), die Dachorganisation und Interessenvertretung des österreichischen Sports, fordert die tägliche Turnstunde im Kindergarten, in der Volksschule und in allen weiteren Schultypen! Unsere Kinder dürfen im Sport nicht sitzen bleiben! Die Österreichische Jugend ist beim Alkohol- und Nikotinkonsum und bei der Fettleibigkeit europaweit in den Medaillenrängen. Nur mehr 28 % der Kinder und Jugendlichen in Österreich betreiben Sport und zwar nur mehr 25 % der Mädchen und 33 % der Burschen. 28 % der Buben und 25 % der Mädchen zwischen 6 und 18 Jahren sind übergewichtig oder fettleibig. 40 % der Kinder mit Symptomen der Fettleibigkeit im Alter von 7 Jahren weisen diese auch als Erwachsene auf. Mangelnde Bewegung ist die Ursache für viele chronische Krankheitsbilder.

Über 70.000 Österreicherinnen und Österreicher haben eine entsprechende Unterschriftenaktion der BSO unterschrieben, darunter auch sämtliche Abgeordnete zum Nationalrat. Diese sehr richtige und wichtige Maßnahme sollte im Sinne unserer Jugend möglichst rasch in den Schulen umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat möglichst rasch einen Gesetzesentwurf zur Beschlussfassung zuzuleiten, der die notwendigen Vorkehrungen zur Umsetzung der täglichen Turnstunde in den Schulen gewährleistet.“